



DER ZERFALL DER SOWJETUNION

Helmut Altrichter

AUF EINEN BLICK

- ▶ Der Zerfall der Sowjetunion markierte das Ende einer Epoche und der Weltordnung, wie sie seit 1945 bestand. Unmittelbar waren davon vor allem die ehemaligen Mitgliedsstaaten von RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) und Warschauer Pakt betroffen, und – mehr noch – die neuen unabhängigen Republiken, die aus der UdSSR hervorgegangen waren. Die Folgen reichen bis in die Gegenwart.
- ▶ Der staatsrechtlichen Auflösung der UdSSR ging ein Zerfallsprozess im Innern, ihrer Wirtschaft, ihrer Gesellschaft, ihrer politischen Strukturen und die Implosion ihres internationalen Imperiums voraus.
- ▶ Die Staats- und Parteiführung hatte die wachsende Kritik für ihre gescheiterten Wirtschaftsreformen durch Lockerung der Zensur (glasnost) und Erweiterung der politischen Partizipation (perestrojka) einzubinden versucht. Dies hatte zur Entstehung einer kritischen Öffentlichkeit geführt, die mit dem mehr oder minder frei gewählten „Volksdeputiertenkongresses“ ein Massenforum erhielt.
- ▶ Der Putsch im August 1991 beschleunigte, was er verhindern wollte, die Erosion der Grundlagen der Sowjetunion, die Stellung der kommunistischen Partei, der Sicherheitsorgane, des Militärs und des amtierenden Staatspräsidenten.
- ▶ Bei einer Umfrage 2019, ob es ihnen denn besser gehe als unter dem Kommunismus, gaben in Polen 74 Prozent eine positive Antwort, in Russland waren es nur 27 Prozent, und während in allen anderen der beteiligten Länder der Anteil der positiven Antworten im Vergleich zu 2009 mehr oder minder deutlich gestiegen war, war er nur in Russland gesunken.

INHALTSVERZEICHNIS

	Einleitung	4
1	Die Sezession	4
2	Auf dem Weg zu einem neuen Unionsvertrag	6
3	Enttäuschte Erwartungen	8
4	Die Implosion des Imperiums	10
	Fazit	12

EINLEITUNG

Gut 30 Jahre ist es her, dass sich am 8. Dezember 1991 Russland, Weißrussland und die Ukraine von der Sowjetunion lossagten. An ihrer statt gründeten sie eine neue lose „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ und luden alle anderen Unionsrepubliken der sich „in Auflösung befindlichen“ UdSSR ein, ihrem Beispiel zu folgen.¹ Die von manchen erwartete Reaktion des Zentrums, Moskaus, auf den „friedlichen Staatsstreich“ – so einer der Beteiligten – blieb aus. Am 21. Dezember 1991 traten mit der Erklärung von Alma-Ata acht weitere Unionsrepubliken – Armenien, Aserbaidshan, Kasachstan, Kirgistan, Moldawien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan – dem zwischen Russland, Weißrussland und der Ukraine geschlossenen Abkommen bei. Am 25. Dezember 1991 trat Gorbatschow als Präsident der UdSSR zurück, eines Staates, den es de facto nicht mehr gab. Über dem Kreml wurde die Rote Fahne eingeholt und durch die Staatsflagge Russlands ersetzt. Die ehemalige Unionsrepublik „RSFSR“ benannte sich in „Russische Föderation“ (wörtlich: „Russländische Föderation“) um. Ihr Staatspräsident Boris Jelzin übernahm die Amtsräume Gorbatschows im Kreml, den Atomkoffer, die Staatssicherheit (den früheren KGB), die ehemaligen Unionsministerien in Moskau und die Botschaftsgebäude weltweit. Er signalisierte damit, dass sich Russland als der eigentliche Rechtsnachfolger der untergegangenen Sowjetunion fühlte.

Die Vorgänge, deren Folgen bis in die Gegenwart reichen, werden erst recht verständlich durch eine eingehendere Betrachtung des Vorgangs (I) samt seiner Vorgeschichte (II) und ihrer Einordnung in die Entwicklung des Landes seit Mitte der 1980er-Jahre (III).² Sie zeigen, dass der staatsrechtlichen Auflösung der Sowjetunion ein Zerfallsprozess im Innern, ihrer Wirtschaft, ihrer Gesellschaft, ihrer politischen Strukturen und die Implosion ihres internationalen Imperiums (IV) vorausgingen – dem manche, und nicht wenige, noch immer nachtrauern.

1. DIE SEZESSION

Am 7./8. Dezember 1991 trafen sich die Präsidenten Russlands und der Ukraine, Boris Jelzin und Leonid Krawtschuk, mit dem Vorsitzenden des Obersten Sowjets Weißrusslands, Stanislaw Schuschkewitsch, im dichten Belowescher Wald (*puschtscha*), einem Nationalpark an der Grenze zu Polen. Sie kamen an diesen abgelegenen Ort jeweils mit einem größeren Beraterstab, sodass die 100 Teilnehmer in der Staatsdatscha kaum Platz fanden. Man war zusammengekommen, um verschiedene trilaterale Probleme zu bereden, vor allem aber, wie es mit dem sowjetischen Gesamtstaatsverband weiter gehen solle, dem sie angehörten und der sich immer mehr aufzulösen schien.

Was schließlich bei den stundenlangen Debatten herauskam, war ein Abkommen, das die Separatisten mithilfe der Sekretärin des Nationalparkdirektors in eine maschinenschriftliche Form brachten. Sie stellten in dessen Präambel fest, dass der Unionsvertrag, mit dem die

UdSSR 1922 ins Leben gerufen worden war, „als völkerrechtliches Subjekt und geopolitische Realität zu existieren aufhöre“; er werde ersetzt durch bilaterale Verträge mit „wechselseitiger Anerkennung und Achtung der staatlichen Souveränität, des unveräußerlichen Rechts auf Selbstbestimmung, der Prinzipien der Gleichberechtigung und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, einer Absage an die Anwendung von Gewalt, von ökonomischen und sonstigen Druckmitteln, der Regulierung von strittigen Problemen auf dem Wege der Vereinbarung sowie anderen allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des Völkerrechts“; zugleich bekannte man sich „zu den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte von Helsinki und anderen Vertragsdokumenten zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“.³

In Artikel 1 der insgesamt 14 Artikel verkündete die Vereinbarung die Bildung einer „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ (GUS, Russisch: SNG). In Artikel 2 garantierten die Hohen Vertragsschließenden Seiten ihren Bürgern unabhängig von Nationalität und anderen Unterschieden gleiche Rechte und Freiheiten und in Artikel 3 den Minderheiten den Anspruch auf Schutz und Entfaltung ihrer kulturellen, sprachlichen und religiösen Eigenständigkeit. In Artikel 5 erkannten sie sich gegenseitig die territoriale Unversehrtheit und die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen an und garantierten zugleich die Offenheit der Grenzen innerhalb der Gemeinschaft, für Personen wie Informationen. Die folgenden Artikel regelten Sicherheits- und Abrüstungsfragen, benannten Felder der Zusammenarbeit, sprachen den globalen Charakter der Katastrophe von Tschernobyl an und die Koordinierung der gemeinsamen Anstrengungen zur Überwindung ihrer Folgen. Mit der Unterzeichnung der vorliegenden Vereinbarung solle die Anwendung von Normen „dritter“ Staaten, auch der „früheren Sowjetunion“ aufhören und die Tätigkeit von Organen der „früheren Sowjetunion“ enden. Zugleich versicherten die Hohen Vertragsschließenden Seiten jedoch, sie würden zu ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen stehen, die aus Verträgen der „früheren Sowjetunion“ resultierten. Der Beitritt zur Gemeinschaft solle weiteren Mitgliedern der ehemaligen Sowjetunion offenstehen – auch anderen Staaten, wenn sie die dargelegten Zielsetzungen und Prinzipien der Gemeinschaft teilen.

Im Anschluss daran informierte Jelzin den sowjetischen Verteidigungsminister Jewgeni Schaposchnikow und bot ihm wohl den Oberbefehl über die Streitkräfte der GUS an. Sodann telefonierte er mit dem US-amerikanischen Präsidenten George H. W. Bush, nicht ohne den Zusatz, dass Gorbatschow davon noch nichts wisse. Ihn zu informieren, hatte man Schuschkewitsch aufgetragen, was dieser fernmündlich am Tag darauf tat. Für Gorbatschow war das Vorgehen der russischen, ukrainischen und weißrussischen Führung ein Staatsstreich. Er stellte Jelzin in Anwesenheit des kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew zur Rede. Doch darüber hinaus geschah nichts. Das im Vorjahr gegründete Komitee für Verfassungsaufsicht der UdSSR erklärte zwar, dass die Deklaration der drei Unionsrepubliken keine Rechtskraft besitze; doch zwischen dem 10. und 12. Dezember 1991 ratifizierten die Obersten Sowjets der Ukraine, Weißrusslands und Russlands das Dokument. Zehn Tage später, am 20./21. Dezember, trafen sich Jelzin, Krawtschuk und Schuschkewitsch mit ihren Kollegen aus acht weiteren Sowjetrepubliken in der kasachischen Hauptstadt; Gorbatschow war nicht eingeladen. Die acht traten mit der Erklärung von Alma-Ata der GUS bei. Nur Georgien blieb vorläufig außen vor, Vertreter der Baltischen Staaten waren gar nicht erst angereist. Am 25. Dezember 1991 trat Gorbatschow als sowjetischer Präsident zurück.

2. AUF DEM WEG ZU EINEM NEUEN UNIONSVERTRAG

Die Gründung der GUS unterlief die Bemühungen, die Gorbatschow seit dem Frühjahr 1991 unternommen hatte, sich mit den 15 Unionsrepubliken auf einen neuen Unionsvertrag zu einigen, der an die Stelle des Vertrags von 1922 treten sollte. Die Lage war für den sowjetischen Staatspräsidenten alarmierend. Im Vorjahr hatten sich nacheinander alle 15 Unionsrepubliken für „souverän“ erklärt, was sie nach der Verfassung ohnehin waren, nun aber offensichtlich auch sein wollten. An die zwei Dutzend Siedlungsgebiete, die bisher Teile von Unionsrepubliken waren, waren diesem Schritt gefolgt und hatten ihre Souveränitätserklärungen mit der Forderung verknüpft, als eigene Unionsrepubliken anerkannt zu werden. Doch „Souveränität“ genügte manchen schon nicht mehr, sie forderten „Unabhängigkeit“. Die Baltischen Staaten gingen voran, verwiesen darauf, dass sie nach den Absprachen zwischen Josef Stalin und Adolf Hitler gewaltsam vereinnahmt worden waren und deshalb auch das Recht hätten, die Union wieder zu verlassen. Moldawien und Georgien waren mit ähnlichen Begründungen ihrem Beispiel gefolgt.

Schlimmer noch: In ethnisch gemischt besiedelten Gebieten war es seit 1988 zu blutigen Konflikten gekommen. Sie verbreiteten sich wie ein Steppenbrand. Hauptschauplätze der Auseinandersetzungen, die teilweise pogromartige Ausmaße annahmen, waren Usbekistan, Kirgisien, Kasachstan, Tadschikistan, Moldawien, Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Nach vorsichtigen Schätzungen kosteten sie Tausenden von Menschen das Leben, Zehntausende mussten evakuiert werden, und die Zahl derer, die Haus und Hof verließen, sich „auf der Flucht“ befanden, näherte sich der Millionengrenze. Was in manchen Regionen Mittelasiens oder des Transkaukasus vor sich ging, ließ sich – aus Sicht des Zentrums, Moskau – nur als Bürgerkrieg beschreiben, bei dem ein bewaffneter Mob oder selbsternannte Volksmilizen die Macht übernahmen.

Gorbatschow erkannte die „einseitigen“ Unabhängigkeitserklärungen der Balten nicht an und schickte Anfang 1991 Sondereinheiten nach Litauen und Estland; zugleich versprach er allen ein neues Staatsorganisationsgesetz, das den Forderungen der Einzelrepubliken weit entgegenkommen sollte. Zur Legitimation berief er sich auf ein Referendum, das im März 1991 die „Notwendigkeit“ des „Erhalt[es] der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken als erneuerte[r] Föderation gleichberechtigter souveräner Republiken, in der die Rechte und Freiheiten des Menschen jeglicher Nationalität in vollem Umfang garantiert werden“, zur Abstimmung gestellt und dabei 76 Prozent Zustimmung erzielt hatte. Freilich, es war ein Erfolg ohne Glanz, sechs der 15 Unionsrepubliken hatten die Abstimmung boykottiert, die baltischen Republiken und Georgien zuvor schon ihre Unabhängigkeit erklärt und eigene Referenden angekündigt. Die Zustimmung war am größten in den zentralasiatischen Republiken Turkmenistan, Tadschikistan, Kirgisien, Kasachstan und Usbekistan, während in Moskau und Leningrad nur knapp 50 Prozent derer, die überhaupt zur Wahl gingen, für den Fortbestand der Union plädiert hatten. Russland und die Ukraine hatten das Referendum mit eigenen Zusatzfragen nach der Wahl eines eigenen Staatspräsidenten beziehungsweise „völliger Souveränität“ verbunden, die mehr Zustimmung erzielten als der Fortbestand der Union.

Der schließlich unter großen Mühen zustande gekommene Vertragsentwurf sah einen Bund souveräner Staaten vor – das Reizwort „Sozialismus“ war aus der Staatsbezeichnung gestrichen –, mit einem gemeinsamen Präsidenten, einer gemeinsamen Außenpolitik und gemeinsamen Streitkräften, die über ihre Wirtschaftsordnung, Bodenschätze und Ressourcen eigenverantwortlich entschieden. Der Vertrag sollte im August 1991 feierlich unterzeichnet werden. Ein Putsch, angeführt vom Stellvertretenden Staatspräsidenten, dem Verteidigungsminister, dem Premierminister und dem KGB-Chef, versuchte, eben dies zu verhindern.



Der russische Präsident Boris Jelzin hält eine Rede auf einem Panzer während des Augustputsches 1991

Selbst wenn der Putsch bereits nach wenigen Tagen scheiterte, beschleunigte er, was er verhindern wollte, die Erosion der Grundlagen der Sowjetunion, die Stellung der kommunistischen Partei, der Sicherheitsorgane, des Militärs – und des amtierenden Staatspräsidenten. Der KPdSU wurde „jede weitere Tätigkeit in Russland [verboten], bis eine Untersuchung ihre Rolle beim Putsch geklärt habe; das Parteivermögen wurde nationalisiert und treuhänderisch den jeweiligen Orts- und Gebietssowjets zur Verwaltung übergeben. Gorbatschow sah sich genötigt, von seinem Amt als Generalsekretär [der Partei] zurückzutreten; und die Moskauer Stadtverwaltung ließ die Parteizentrale (das ZK-Gebäude am „Alten Platz“) versiegeln, um einer Vernichtung von Aktenmaterial vorzubeugen“⁴. Vor der Moskauer Zentrale des Staatssicherheitsdienstes wurde das Standbild seines Gründers, Felix Dserschinski (Dzierżyński), vom Sockel geholt. Und selbst auf die Armee schien nicht länger Verlass.

Zwar nahm Gorbatschow nach dem Putsch die Verhandlungen über einen neuen Unionsvertrag noch einmal auf. Doch in den Mittelpunkt des Geschehens war nun der russische Präsident Boris Jelzin gerückt, als Gegenspieler der Putschisten, die Gorbatschow, wie er diesem öffentlich vorwarf, ins Amt geholt hatte. Es war Jelzin, der der KPdSU nun in Russland jede Tätigkeit verbot und der in der Folgezeit alle öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zog. Dass Jelzin in die Rolle Gorbatschows schlüpfte, Russland sich zum Wahrer der Interessen des Gesamtstaates machte, war denn auch die Hauptsorge des Ukrainischen Präsidenten Krawtschuk. Er hatte schon vor dem „Dreiertreffen“ im Belowescher Wald verkündet, dass die Ukraine der neuen Konföderation nicht beitreten werde, und Gorbatschows Behauptung widersprochen, dass sich die „enormen Probleme [...] unmöglich ohne einen einheitlichen Staat lösen“ ließen, im Gegenteil. Auch gegenüber Jelzin blieb er skeptisch: Dieser identifiziere Russland mit der Union und gehe davon aus, „daß Russland auch weiterhin das Zentrum bleiben muss, um das sich die neuen Staaten herum bewegen sollen“⁵. Genau das wollte man in der Ukraine nicht.

Unmittelbar nach dem Putsch hatte das Ukrainische Parlament, die Werchowna Rada, mit großer Mehrheit die Unabhängigkeitserklärung angenommen und darüber noch einmal in einem Referendum am 1. Dezember 1991 abstimmen lassen: Bei einer Wahlbeteiligung von über 84 Prozent hatten sich über 90 Prozent für die Unabhängigkeit der Ukraine ausgesprochen, in der Metropolregion Kiew über 94 Prozent, im Westen, im Gebiet von Lemberg sogar über 97 Prozent; selbst im überwiegend russischsprachigen Südosten, in den Gebieten von Donezk und Luhansk, lag die Zustimmung bei fast 84 Prozent, sogar die Autonome Republik Krim hatte mit Mehrheit (54,19 Prozent) zugestimmt.⁶ Das bestärkte Krawtschuk in seiner Haltung.

3. ENTÄUSCHTE ERWARTUNGEN

Die geschilderten Vorgänge waren nicht zu trennen von der Politik der Reformen, wie sie Mitte der 1980er-Jahre, nach der Wahl Michail Gorbatschows zum neuen Generalsekretär der KPdSU, begonnen worden waren. Ihr Ziel war die „Beschleunigung“ des Wirtschaftswachstums, ihr Versprechen, „in kurzer Frist die vordersten Positionen in der Wissenschaft und Technik und den Welthöchststand in der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit [zu] erreichen“. So die Ankündigung Gorbatschows nach seiner Wahl am 11. März 1985, und so schrieb man es auch ins Parteiprogramm, das der 27. Parteitag der KPdSU im März 1986 verabschiedete. In den 15 Jahren bis zur Jahrtausendwende waren das Nationaleinkommen und die Industrieproduktion zu verdoppeln, die Arbeitsproduktivität auf das Zweieinhalbfache und das Realeinkommen der Bevölkerung um 60 bis 80 Prozent zu steigern. Höchstes Ziel sei die beständige Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes.⁷

Davon war die Sowjetunion Anfang 1989 weit entfernt, anders gesagt: Die Wirtschaftsreformen waren gescheitert. Statt der versprochenen Besserung war eine dramatische Verschlechterung der Lage eingetreten. Ging man mit den offiziellen Stellen davon aus, dass der Sowjetbürger 78 Rubel als Existenzminimum im Monat brauchte, so lebten Millionen von Sowjetbürgern inzwischen unterhalb der Armutsgrenze. 15 Millionen Menschen, so war Ende

März 1989 selbst der *Prawda*, dem Hauptorgan der KPdSU, zu entnehmen, hätten eine Rente von weniger als 60 Rubel im Monat, und neben Rentnern, Arbeitsveteranen und Invaliden seien junge Familien von der neuen Not besonders betroffen; sie müssten von der Hand in den Mund leben. Das Parteiorgan zitierte die Zuschrift einer Kriegsveteranin, die – mit 57 Rubel im Monat – klagte, bisher wenig von Gorbatschows Reformen gemerkt zu haben.⁸



Leere Regale und lange Schlangen wurden zum Symbol der gescheiterten Wirtschaftsreformen

Im Mai wurde in Moskau der Zucker knapp und eine Rationierung angekündigt. Gerüchte, man habe ähnliches mit Salz vor, verursachten lange Schlangen und Hamsterkäufe. Pessimisten wollten auch von geplanten Rationierungen bei Fleisch, Käse, Wurst, Milch und Backwaren wissen. Selbst wenn die Behörden die Gerüchte dementierten, die leeren Regale ließen sich nicht wegreden. Die Konzept- und Tatenlosigkeit, mit der die Staatsführung auf den Versorgungsnotstand reagierte, ihn einfach hinzunehmen schien, stand in merkwürdigem Kontrast zu den Stimmen, die vor der politischen Brisanz der dramatischen Wirtschaftslage warnten. Angesichts der gigantischen Inflation, der Zerrüttung des Marktes und des wachsenden Haushaltsdefizits sagte der landesweit bekannte Wirtschaftswissenschaftler Nikolai Schmeljow dem Land für die nächsten „zwei, drei Jahre“ schwere Zeiten voraus; „negative Entwicklungen“ – Unruhen, die Einführung eines umfassenden Rationierungssystems, die Rückkehr zu einer hochzentralisierten Wirtschaftsverwaltung – seien nicht auszuschließen.

Die Staats- und Parteiführung hatte die wachsende Kritik für ihr Reformvorhaben zu nutzen und die Kritiker einzubinden versucht: durch Lockerung der Zensur und Erweiterung der politischen Partizipation. Für das Erste stand das Schlagwort der Transparenz (*glasnost*), für das zweite der Umbau (*perestrojka*) des politischen Systems. Der Wegfall der Zensur hatte zur Entstehung einer kritischen Öffentlichkeit geführt, die sich in „informellen Gruppen“ organisierte. War die Zahl dieser neuen „informellen Gruppen“ 1988 landesweit auf 30.000 geschätzt worden, lag sie Anfang 1989 nach Schätzungen der *Prawda* schon mehr als doppelt so hoch, bei über 60.000. Die Gesell-

schaft war in Bewegung geraten, es war ein „Pluralismus der Meinungen“ entstanden, wie man ihn seit den 1920er-Jahren nicht mehr erlebt hatte. Der Umbau des politischen Systems gab den kritischen Stimmen ein Massenforum: mit der Schaffung des mehr oder minder frei gewählten „Volksdeputiertenkongresses“, aus dem ein neuer Oberster Sowjet hervorgehen sollte. Im Frühjahr 1989 erstmals gewählt, wurden die dort gehaltenen Reden und Diskussionsbeiträge von Funk und Fernsehen direkt übertragen und tags darauf in der Regierungszeitung *Iswestija* nachgedruckt. Sie vermittelten einem Millionenpublikum ein schonungsloses Bild von der Lage, in der sich das Land tatsächlich befand, nachdrücklicher als alle Publikationen zusammengenommen, die in der Zeit von *glasnost* und *perestrojka* erschienen waren. So hat es der Physiker und Menschenrechtler Andrej Sacharow, selbst Abgeordneter des Kongresses, beschrieben.⁹

Sie thematisierten die miserable Versorgungslage, die enorme Luftverschmutzung, die rücksichtslose Umweltzerstörung, die blutigen Auseinandersetzungen zwischen den ethnischen Gruppen, den Afghanistankrieg, Tschernobyl mit all seinen Folgen. Obwohl 85 Prozent der Abgeordneten noch immer Mitglieder der KPdSU waren, hinderte sie dies nicht, offen über die Probleme ihrer Stadt, ihrer Region, ihrer Bevölkerungsgruppe zu sprechen, nicht zuletzt, weil es ihre Wähler verlangten und darauf drangen. Es kam zu langen Schlangen an den Mikrofonen, zu hitzigen Debatten, zu tumultartigen Szenen. Sie zeigten nicht nur, wie tief die Gräben in der sowjetischen Gesellschaft waren und wie weit die Ansichten inzwischen auch in der kommunistischen Partei auseinander gingen; sie demonstrierten, dass die Partei keine Lösung für sie und aufgehört hatte, eine handlungsfähige Einheit zu sein. Die großen Bergarbeiterstreiks in Westsibirien, im Donezbecken, in Workuta und Karaganda, die im Sommer 1989 begannen, zeigten, dass die Partei inzwischen auch ihre Kerngefolgschaft, die Arbeiter, verloren hatte, und die Veröffentlichungen des Innenministeriums zur stetig steigenden Kriminalität – wonach auf dem Territorium der UdSSR inzwischen „Tausende“ von kriminellen Banden operierten, manche auch Kontakte zum internationalen organisierten Verbrechen geknüpft hätten, dass allein im Januar/Februar 1989 306.000 Verbrechen verübt worden seien – war ein alarmierendes Anzeichen für den Verfall der Staatsautorität.

4. DIE IMPLOSION DES IMPERIUMS

Längst war die Krise der sowjetischen Führungsmacht auch zur Krise des Imperiums geworden. Ihre Symptome waren seit Ende der 1980er-Jahre unübersehbar. In Ungarn hatte im Mai 1988 der kommunistische Parteichef Kádár seinen Rücktritt erklärt und damit den Weg für tiefgreifende Wirtschafts- und Verfassungsreformen freigemacht. Im Januar 1989 billigte in Polen das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei ein Programm des gewerkschaftlichen und politischen Pluralismus. Ende August 1989 wurde Tadeusz Mazowiecki mit überwältigender Mehrheit zum – seit mehr als 40 Jahren – ersten nicht kommunistischen Regierungschef Polens gewählt. In Prag forderten Großdemonstrationen im November 1989 die Beendigung der kommunistischen Einparteierrschaft in der Tschechoslowakei. Die sich verschärfenden Auseinandersetzungen zwangen Staatspräsident Gustáv Husák zum Rücktritt; neues Staatsoberhaupt wurde der Schriftsteller Václav Havel, im Februar 1989 noch wegen

„Rowdytums“ zu einer mehrmonatigen Haftstrafe verurteilt. In die gleiche Zeit und den gleichen Zusammenhang gehörten der Sturz Todor Schiwkows in Bulgarien (am 10. November 1989), die Festnahme und Hinrichtung Nicolae Ceaușescu (am 25. Dezember 1989) in Rumänien und die stürmischen Ereignisse in der DDR, die von Großdemonstrationen im Oktober über den Sturz Erich Honeckers als Staats- und Parteichef zur Öffnung der Berliner Mauer (am 9. November 1989) und zum raschen Ende des SED-Regimes führten. Die anschließenden Zwei-plus-Vier-Gespräche kamen im Herbst 1990 zu einem Abschluss und gaben dem vereinten Deutschland die volle Souveränität zurück. Ende Juni 1991 löste sich der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) auf, Anfang Juli wurde die Warschauer Paktorganisation zu Grabe getragen. Die Nachkriegszeit, die Teilung Europas und der Welt ging damit unwiderruflich zu Ende, „Ost“ und „West“ schickten sich an, wieder zu bloßen Himmelsrichtungen zu werden.¹⁰



*Abzug sowjetischer Truppen
aus Neuruppin, 1990*

Von Implosion spricht man, wenn ein Hohlkörper dem äußeren Überdruck nicht mehr standhält und zerbirst. Ursache war nicht die Erhöhung des äußeren Drucks, sondern die Ausbildung des Machtvakuum im Innern, angesichts der sich vertiefenden Wirtschaftskrise, der die Parteilührung nicht beizukommen verstand; die Wirtschaftskrise wurde damit zur Legitimationskrise der Partei; mit dem Machtverfall der Partei, vorher Kern des politischen Systems, ging ein Verfall der Staatsautorität einher, der sich im rasanten Anstieg der Kriminalität ebenso zeigte wie in der Stärkung der zentrifugalen Kräfte; mitunter waren beide Phänomene so deutlich auch nicht voneinander zu trennen. Und diese Kräfte setzten sich jenseits der Grenzen, in den Staaten der Warschauer Paktorganisation und im RGW fort. Selbst wenn die dortigen Entwicklungen selbstredend nicht auf die innersowjetischen Entwicklungen zu reduzieren waren, dass das, was dort geschah, geschehen konnte, ohne die innersowjetischen Entwicklungen nicht zu begreifen ist, scheint auf der Hand zu liegen. Sie erklären, warum Gorbatschow im Herbst 1989 auf die Ereignisse dort nicht „reagierte“. Das gilt für die polnischen Entwicklungen ebenso wie für die ungarische Grenzöffnung, ohne die wiederum der Deutsche Herbst 1989 nicht zu erklären ist.

FAZIT

Der Zerfall der Sowjetunion markierte einen tiefen Einschnitt, das Ende einer Epoche, der Weltordnung, wie sie seit 1945 bestand. Unmittelbar waren davon vor allem die ehemaligen Mitgliedstaaten von RGW und Warschauer Pakt betroffen, und – mehr noch – die neuen unabhängigen Republiken, die aus der UdSSR hervorgegangen waren. Ihre Vergangenheit beschäftigte sie – wenn auch auf unterschiedliche Weise – weiter. Bei einer Umfrage 2019, ob es ihnen besser gehe als unter dem Kommunismus, gaben in Polen 74 Prozent eine positive Antwort, in Russland waren es nur 27 Prozent, und während in allen anderen der beteiligten Länder – in der Tschechischen Republik, in Litauen, in Ungarn, der Slowakei, der Ukraine und Bulgarien – der Anteil der positiven Antworten im Vergleich zu 2009 mehr oder minder deutlich gestiegen war, war er nur in Russland gesunken.¹¹

Nach einer repräsentativen Umfrage des Lewada-Zentrums in der Russischen Föderation, ob man den Zerfall der Sowjetunion bedauere, antworteten im Februar 2020 65 Prozent mit Ja. Nach den stürmischen, ja chaotischen Jelzin-Jahren waren es im Dezember 2000 sogar 75 Prozent; nach einer Phase der wirtschaftlichen Erholung war der Wert zurückgegangen, ohne dass das „Nichtbedauern“ je Mehrheitsmeinung wurde.¹² Seit den 2010er-Jahren, mit der Eintrübung der Konjunktur, war er wieder gestiegen. Unter den Gründen für den postimperialen Phantomschmerz rangierte das Gefühl des Verlustes, Bürger einer „Großmacht“ zu sein, sich „überall“ wie zu Hause zu fühlen,¹³ ganz oben. Bei derselben Umfrage im Februar 2020 meinten 63 Prozent der Befragten, der Zusammenbruch wäre vermeidbar gewesen. Die Hauptschuld, dass es nicht so gekommen war, gaben sie Gorbatschow, Jelzin sowie den USA und den Ländern des Westens. Und auf die Frage, welcher russische Politiker mehr als alle anderen dafür getan habe, das Beste, was es in der Sowjetunion gab, zu erhalten, nannten die meisten: Putin.

- 1 https://ru.wikisource.org/wiki/Соглашение_о_создании_Содружества_Независимых_Государств (letzter Abruf: 1. April 2022).
- 2 Hierzu wie zum Folgenden: Michail Gorbatschow: Erinnerungen, Berlin 1995, S. 1107ff; Boris Jelzin: Auf Messers Schneide. Tagebuch des Präsidenten, Berlin 1994, S. 113ff; Andrei Grachev: Final Days. The Inside Story of the Collapse of the Soviet Union. Boulder, Col. 1995; William Taubman: Gorbatschow. Der Mann und seine Zeit. Eine Biographie, München 2018, S. 739ff.
- 3 Text nach der in Anm. 1 genannten Quelle, Übersetzungen vom Verfasser.
- 4 Zum Putsch und den Folgen vgl. Helmut Altrichter: Die Auflösung der Sowjetunion, in: Helmut Altrichter/Helmut Neuhaus (Hrsg.): Das Ende von Großreichen, Erlangen/Jena 1996, S. 283ff.
- 5 Archiv der Gegenwart (AdG), 61. Jahrgang, Sankt Augustin 1991, verwendet hier in der elektronischen Fassung, 25. Dezember 1991, S. 36350; *Süddeutsche Zeitung*, 26. November 1991, S. 2; *Süddeutsche Zeitung*, 28. November 1991; Krawtschuk Kurzportrait (von Horst Bacia) in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3. Dezember 1991; *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7. Dezember 1991, S. 1f.
- 6 Zahlen unter https://de.wikipedia.org/wiki/Referendum_über_die_Unabhängigkeit_der_Ukraine (letzter Abruf: 4. April 2022).
- 7 Michail Gorbatschow: Ausgewählte Reden und Aufsätze, Bd. 2, Berlin 1988, S. 144; Bd. 3, S. 12f.; 27. Parteitag der KPdSU, März 1986. Sowjetunion zu neuen Ufern? Dokumente und Materialien mit einer Einleitung von Dr. Gert Meyer, Düsseldorf 1986, S. 167ff.
- 8 Vgl. hierzu und zum Folgenden Helmut Altrichter: Russland 1989. Der Untergang des Sowjetischen Imperiums, München 2009, S. 213ff.
- 9 Andrej Sacharow: Mein Leben, München/Zürich, 2. Aufl. 1991, S. 855.
- 10 Helmut Altrichter: Russland 1989, S. 307ff; Helmut Altrichter: Aufbruch oder Untergang. Die Sowjetunion und die Auflösung des Warschauer Paktes, in: Tim Geiger/Jürgen Lillteicher/Hermann Wentker (Hrsg.): Zwei plus Vier. Die internationale Gründungsgeschichte der Berliner Republik, Berlin/Boston 2021, S. 31ff.
- 11 Except in Russia, uptick in those saying economic situation is better than under communism, in: Pew Research Center, 14. Oktober 2019, https://www.pewresearch.org/global/2019/10/14/political-and-economic-changes-since-the-fall-of-communism/pg_10-15-19-europe-values_hungary/ (letzter Abruf: 6. April 2022).
- 12 From Opinion to Understanding, in: Levada-Center, 24. März 2020, <https://www.levada.ru/2020/03/24/struktura-i-vozproizvodstvo-pamyati-o-sovetskom-soyuze/> (letzter Abruf: 6. April 2022). Teile der Ergebnisse auf Deutsch und übersichtlich grafisch aufbereitet auch in: Russland-Analysen. 30 Jahre Zerfall der Sowjetunion – Generationen, Nr. 406 (20. September 2021), <https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/406/RusslandAnalysen406.pdf>, S. 16ff, (letzter Abruf: 6. April 2022).
- 13 <https://www.levada.ru/2020/03/24/struktura-i-vozproizvodstvo-pamyati-o-sovetskom-soyuze/>, vgl. Anm. 12.

Impressum

Der Autor

Helmut Altrichter war bis zu seiner Emeritierung 2012 Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Erlangen-Nürnberg. Über mehrere Jahre war er Mitglied der deutsch-russischen Historikerkommission, Vorsitzender der Wissenschaftlichen Beiräte des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin, des Deutschen Historischen Instituts Moskau, des Herder-Instituts Marburg und des Leibniz-Instituts für Geschichte und Kultur des östlichen Europas in Leipzig.

Ansprechpartner

PD Dr. Matthias Oppermann

Stv. Leiter Wissenschaftliche Dienste/
Archiv für Christlich-Demokratische Politik
T +49 30 / 26 996-3812
matthias.oppermann@kas.de

Dr. Kathrin Zehender

Referentin Zeitgeschichte
T +49 30 / 26 996-3717
kathrin.zehender@kas.de

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2022, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Umschlagfoto: © picture-alliance/dpa

Der russische Präsident Boris Jelzin (r.) und der sowjetischen Präsident Michail Gorbatschow (l.) auf einer Dringlichkeitssitzung des russischen Parlaments am 23. August 1991

Bildnachweise:

S. 7: © picture-alliance/dpa; S. 9: © ullstein bild-RDB/Sobli; S. 11: © Bundesarchiv, Bild 183-1990-0823-402/Fotograf: Hubert Link

Gestaltung: yellow too, Pasiek Horntrich GbR

Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-98574-080-2